

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

30.09.2016

Gesund und fit ins Rentenalter starten

Gesund und fit das Erwerbsleben beenden, flexibel ins Rentenalter starten – in diesem Sinne ist in dieser Woche im Bundestag von uns das sogenannte Flexirentengesetz vorgelegt worden, das wir in dieser Sitzungswoche erstmals beraten haben.

Mit diesem Gesetzespaket setzen wir die gemeinsame Vereinbarung der Koalition aus dem Rentenpaket um. Mit der Flexirente werden gleich mehrere wichtige Ziele in Angriff genommen: Längeres Arbeiten wird belohnt, somit die Gefahr von Altersarmut gesenkt. Wer neben der Rente arbeitet, kann zukünftig auch seine späteren Rentenansprüche weiter verbessern. Zudem lässt sich der Übergang von Arbeit zum Ruhestand fließender und individueller gestalten. So schafft die Flexirente einen Gewinn für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Der Unions-Mittelstandspolitiker Carsten Linnemann sagte während der Plenardebatte, mit der Neuregelung werde ein „Mentalitätswechsel“ eingeleitet. Bisher werde so getan, als gehörten die 65-Jährigen zum „alten Eisen“. Nun würden die Menschen in die Lage versetzt, länger zu arbeiten.

Anreize zum frühen "Job-Ausstieg" sollen allerdings minimiert und Frühverrentungen vermieden werden. So werden Arbeitnehmer in Zukunft die Möglichkeit haben, Teilzeitarbeit und Teilrentenbezug zwischen dem 63. und 67. Lebensjahr leichter zu kombinieren.

Der Übergang in den Ruhestand kann auf diese Weise leichter als bisher nach individuellen Vorstellungen gestaltet werden. Anstatt sich mit 63 Jahren ganz aus dem Arbeitsleben zu verabschieden, können Arbeitnehmer in Teilrente weiterarbeiten und in den Ruhestand ausgleiten. Abschläge auf eine bereits ab dem 63. Lebensjahr bezogene Teilrente können künftig schon ab dem 50. Lebensjahr – und nicht erst ab dem 55. Lebensjahr – durch Sonderzahlungen ausgeglichen werden. Eine Flankierung der Teilrente mit tarifvertraglichen Regelungen ist möglich. So könnte die im Tarifvertrag der Chemieindustrie bereits enthaltene Demographie-Komponente für den Ausgleich von Abschlägen eingesetzt werden.

Durch ein präventives Reha-Konzept soll außerdem die Zahl derjenigen, die frühzeitig in Rente gehen müssen, dauerhaft verringert werden. Versicherte werden gezielt darüber informiert, welche Gestaltungsmöglichkeiten es für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gibt. Jedes Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung wird einmal jährlich darüber informiert werden, wie sich das Vorziehen oder Hinausschieben des Rentenbeginns auf die finanziellen Leistungen auswirkt.

Wir reagieren damit frühzeitig auf negative Folgen des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels.

Verschärfung des Vereinsgesetzes

Vereinigungen, wie kriminelle Rockergruppierungen, könnten einen Deckmantel für vielfältige Formen der schweren und organisierten Kriminalität, etwa Menschenhandel und Drogengeschäfte, bieten. Die Änderung des Vereinsgesetzes führt zu einer Reform des sogenannten Kennzeichenverbots in § 9 und zu einer Anpassung der entsprechenden Strafvorschrift in § 20 Vereinsgesetz. Das Kennzeichenverbot zielt auf die Kutten der Rockergruppen; diese Kennzeichen sollen nicht mehr von sogenannten Schwesternvereinen straflos genutzt werden können. Zugleich wird präzisiert, wann eine Verwendung wesensgleich ist. Die Union reagiert damit auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs und erleichtert auf diese Weise die Bekämpfung der Rocker-Kriminalität.

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Der Deutsche Bundestag stimmte über den Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes ab. Förderzeiten und Umsetzungsfristen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sollten damit um jeweils zwei Jahre verlängert werden. Das ist ein wichtiges Signal an die Kommunen, die damit mehr Zeit erhalten, die Mittel komplett zu nutzen. Die Union kommt damit auch dem Wunsch der Kommunen nach, die bereits frühzeitig darauf hingewiesen hatten, dass die ursprünglich vorgesehene Umsetzungszeit zu kurz bemessen sei, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhardt Rehberg. Auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, Ingbert Liebing, sieht im Gesetzentwurf ein positives Signal an die Kommunen, kritisierte jedoch gleichzeitig die Bundesländer: „Die Länder definieren, welche Kommunen als finanzschwach gelten, und für welche Nutzungszwecke, die der Bund anbietet, das Geld tatsächlich eingesetzt werden darf. Diese Umsetzung durch die Länder und die konkrete Handhabung des Programms sieht in den Bundesländern sehr unterschiedlich aus. So haben die drei unionsgeführten Länder Bayern, Saarland und Sachsen bereits bis zum 30. Juni 2016 alle zur Verfügung stehenden Bundesmittel durch Projektzusagen in den Kommunen binden können. Andere, insbesondere rot-grün regierte Länder wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegen deutlich zurück: In Niedersachsen sind 10,4 Prozent der Mittel durch Projektzusagen gebunden – Schleswig-Holstein liegt mit nur acht Prozent auf dem letzten Platz. Die Länder müssen endlich liefern, damit nicht weiter der falsche Eindruck entsteht, dass die Kommunen die Bundesmittel eigentlich gar nicht bräuchten.“

Digitalisierung für Krankenhäuser

Lediglich 5 Prozent der Krankenhäuser haben sich noch nicht mit dem Thema Digitalisierung befasst. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage unter 380 Führungskräften an deutschen Krankenhäusern. Zwar besitzen erst 26 Prozent der Krankenhäuser eine unternehmensübergreifende digitale Strategie, der Anteil der Kliniken mit digitalen Einzelprojekten, die im Alltag bereits funktionieren, ist aber binnen eines Jahres von 46 auf 56 Prozent gestiegen. Aus Sicht der befragten Klinik-Manager eignet sich neben der Verwaltung (84 Prozent Zustimmung) vor allem die Diagnostik (75 Prozent) für Digitalisierung und Automatisierung. An dritter Stelle sehen die Krankenhaus-Führungskräfte die stationäre Versorgung (57 Prozent). (Quelle: Rochus Mummert Healthcare Consulting)

Konjunkturprognose für 2016 angehoben

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr kräftig angehoben, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet. Die deutsche Wirtschaft werde 2016 um 1,9 Prozent wachsen, heißt es im Herbstgutachten, das die fünf Institute am Donnerstag veröffentlichten. Bislang waren sie von 1,6 Prozent Wachstum ausgegangen.

Mittelständische Unternehmen stabil

Die mittelständischen Unternehmen sind nach einer Analyse des Sparkassenverbandes DSGV stabil und für die Zukunft gerüstet. „Der Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist kerngesund“, sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, am Dienstag in Berlin. Die jährliche Auswertung der Bilanzen zeige, dass die rund drei Millionen Mittelstandsfirmen inzwischen sogar robuster aufgestellt seien als vor der Finanzkrise im Jahr 2008. (Quelle: dpa)

Zitate

„Man kann beim Christentum über vieles diskutieren - als Theologe hat man das gelernt - aber über die Würde des Menschen kann man nicht diskutieren.“

„Wer die christliche Prägung nur deshalb hochhält, um Menschen anderer Kulturen und Religionen fern zu halten, missbraucht und entwertet das Christentum.“

(Der Hamburger Erzbischof Stefan Heße am Donnerstag in Frankfurt zum Auftakt des zweiten katholischen Flüchtlingsgipfels, Quelle: KNA.